Verordnung zu den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (VZwAR)

Vom 18. Juni 1997

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

in Vollziehung des Einführungsgesetzes zum Ausländerrecht (EGAR)
vom 14. Januar 1997¹⁾,

beschliesst:

§ 1²⁾

Die Kantonspolizei orientiert das Migrationsamt Kanton Aargau (MKA) über angehaltene Personen ausländischer Nationalität, sobald eine fremdenpolizeiliche Massnahme in Frage kommen kann.

Orientierungspflicht der Kantonspolizei (§ 12 EGAR)

§ 2

¹ Anlässlich der Gewährung des rechtlichen Gehörs ist die betroffene Person über die Möglichkeit des Bezugs eines Rechtsbeistandes zu orientieren. Sie muss Stellung nehmen können:

- a) zum Grund der Anwesenheit in der Schweiz;
- b) zur beabsichtigten Anordnung einer Vorbereitungs- oder Ausschaffungshaft beziehungsweise Haftverlängerung;
- c) zum Gesundheitszustand;
- d) zu den familiären Verhältnissen;
- e) zu weiteren Gründen, die möglicherweise gegen die Inhaftierung beziehungsweise die Haftverlängerung sprechen.

Rechtliches Gehör bei Haftanordnung und Antrag auf Haftverlängerung (§ 15 EGAR)

² Soweit erforderlich, ist eine Dolmetscherin oder ein Dolmetscher zur Übersetzung in eine für die betroffene Person verständliche Sprache beizuziehen.

¹⁾ SAR 122.500

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

³ Über die Gewährung des rechtlichen Gehörs ist ein Protokoll zu erstellen.

§ 3

Haftanordnung
(§ 14 EGAR)

¹ Im Anschluss an die Gewährung des rechtlichen Gehörs erlässt das Migrationsamt unverzüglich einen Entscheid über die Haftanordnung oder die Freilassung der betroffenen Person. Der Entscheid ist der betroffenen Person mündlich zu eröffnen. ¹⁾

² Über die Haftanordnung ist die Präsidentin oder der Präsident des Rekursgerichts im Ausländerrecht unverzüglich zu orientieren.

³ Die Haftanordnung ist schriftlich zu begründen und unter Angabe von Datum und Zeit der Anhaltung der Präsidentin oder dem Präsidenten des Rekursgerichts im Ausländerrecht sowie der inhaftierten Person zuzustellen.

⁴ Das Migrationsamt überweist die Akten der Präsidentin oder dem Präsidenten des Rekursgerichts im Ausländerrecht in der Regel innert 24 Stunden seit Haftanordnung. ²⁾

⁵ Erlässt das Migrationsamt eine Haftanordnung von weniger als 96 Stunden, findet in der Regel keine richterliche Haftüberprüfung statt. ³⁾

§ 4⁴⁾

Eröffnung des
erstinstanzlichen
Wegweisungs-
entscheides
(§ 15 EGAR)

Befindet sich die betroffene Person in Vorbereitungshaft und ergeht der erstinstanzliche Wegweisungsentscheid, eröffnet das Migrationsamt diesen Entscheid spätestens am nächsten Arbeitstag seit Eingang beim Migrationsamt.

§ 5

Antrag auf
Haftverlängerung
(§ 14 EGAR)

¹ Stellt das Migrationsamt einen Antrag auf Haftverlängerung, ist dieser der inhaftierten Person im Anschluss an die Gewährung des rechtlichen Gehörs zu eröffnen. ⁵⁾

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

³⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

⁵⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

² Der Antrag auf Haftverlängerung ist zusammen mit den Akten mindestens drei Arbeitstage vor Ablauf der bewilligten Haft bei der Präsidentin oder beim Präsidenten des Rekursgerichts im Ausländerrecht einzureichen.

§ 6¹⁾

Entlässt das Migrationsamt die inhaftierte Person, weil der Haftzweck nicht mehr erreicht werden kann oder der Haftgrund entfallen ist, oder lässt es die inhaftierte Person ausschaffen, orientiert es die Präsidentin oder den Präsidenten des Rekursgerichts im Ausländerrecht sowie die für den Weg- oder Ausweisungsentscheid zuständige Behörde unverzüglich.

Orientierung der zuständigen Behörden bei Haftentlassung oder Ausschaffung

§ 7²⁾

¹ Haftentlassungsgesuche sind schriftlich zu stellen. Auf Verlangen der inhaftierten Person ist das Gesuch durch das Migrationsamt zu Protokoll zu nehmen.

Antrag auf Haftentlassung (§ 18 EGAR)

² Das Migrationsamt leitet sämtliche Gesuche unverzüglich an die Präsidentin oder den Präsidenten des Rekursgerichts im Ausländerrecht weiter und reicht innert vier Arbeitstagen seine Stellungnahme ein.

§ 8

Die Präsidentin oder der Präsident des Rekursgerichts im Ausländerrecht stellt den Entscheid über die Haftüberprüfung, -verlängerung oder -entlassung der für den Weg- oder Ausweisungsentscheid zuständigen Behörde sowie der nach Art. 103 lit. b des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943³⁾ zuständigen Behörde zu.

Orientierung der zuständigen Behörden bei Haftanordnung, Haftverlängerung oder Haftentlassung

§ 9⁴⁾

Das Migrationsamt orientiert die zuständigen Bundesbehörden über angeordnete oder aufgehobene Ein- und Ausgrenzungen.

Orientierung über Ein- und Ausgrenzung (§ 21 EGAR)

§ 10

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

³⁾ SR 173.110

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. Mai 2003, in Kraft seit 1. Juli 2003 (AGS 2003 S. 157).

122.511 V Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (VZwAR)

Aufhebung
bisherigen Rechts Die Verordnung zum Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (VBGZ) vom 3. Januar 1996¹⁾ ist aufgehoben.

§ 11

Inkrafttreten Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt am 1. August 1997 in Kraft.

¹⁾ AGS 1996 S. 17 (SAR 122.331)